

Wir sind doch keine Bananenrepublik!

Ein Wort vor Aschermittwoch

Baden-Württemberg ist keine Bananenrepublik. Es würde nämlich 2,2 Mio. € kosten, wenn BW am Schulobstprogramm der EU teilnehmen wollte. Das Geld habe man nicht, erklärt Friedlinde Gurr-Hirsch, die Staatssekretärin im Landwirtschaftsministerium.

Nein, man hat nicht die Hirsch zum Gärtner gemacht. Das Geld braucht man viel dringender für die 2,5 Mio. € teure Informationskampagne des Kultusministeriums. Auf dem Titel des Flyers steht „Für unsere Kinder“. Bestimmt enthält er Vitamine. Ich glaube aber trotzdem nicht, dass man ihn essen kann. Sonst wäre er nicht umsonst. Das Schulesen soll nämlich teurer werden, das sagt zumindest die Stuttgarter Bürgermeisterin Eisenmann. Die Mehrbelastung aus höherem Essensgeld und höheren Fahrtkosten summiert sich auf 200 € pro Familie. Wenn man aber den Gürtel enger schnallen muss, braucht man auch keine Bananen. Dann braucht man Kies.

Da in Stuttgart die Schultoiletten stinken und die Decken tropfen oder herabfallen, fehlen 300 Millionen. Viel Kies braucht man also, und den will Staatssekretär Fleischer am Oberrhein verbuddeln. 220 Mio. € kostet seine Lösung, bei der örtliche Baufirmen berücksichtigt werden, die der CDU im Landtagswahlkampf 2006 jeweils 10.000 € gespendet haben, die Staatskasse mehr.

Man sieht, dass die CDU mit Geld umgehen kann. So ist das in der freien Marktwirtschaft. Wer bestellt, bezahlt. Das weiß heute schon jeder Bürgermeister. Daher war auch im Kommunalwahlkampf viel von frühkindlicher Bildung und kostenlosem Kindergartenbesuch die Rede, danach wurden die Gebühren durch den Landesrichtsatz für Kleinkindbetreuung verdoppelt auf über 250 €. Das ist zwar freiwillig, aber wenn eine Kommune Sozialstaffelungen einführt, bekommt sie für den Kindergartenbau keine Zuschüsse aus dem Ausgleichsstock. Der Ausgleichsstock ist also die kommunalpolitische Variante der Prügelpädagogik.

Richtige Prügel setzt es heute selbst bei der CDU nicht mehr. Noch 2004 musste Minister Palmer zurücktreten, weil er einen Parteifreund gehohlet hatte. Dieser war so frech gewesen, die Ablösung Teufels zu fordern. Das macht heute die Kanzlerin, indem sie Oettinger nach Brüssel befördert. Aus Fordern wird Fördern. So setzt die CDU Hartz IV um.

Nur die Landeselternbeiratsvorsitzende Christiane Staab will sich nicht fördern und vom Fordern lassen. Die CDU-Politikerin hat dem Kultusminister vorgeworfen, es gebe einen Bildungsnotstand und Rau rede alles schön. Ein klarer Fall: wenn sie noch bis zur letzten Woche gestarteten Informationskampagne der Kultusministers gewartet hätte, wäre sie jetzt klüger. „Bildung: sehr gut“ heißt die amtliche Selbstzensur. Bis zum Herbst sollen wir ja dann alle klüger sein, denn im Frühjahr 2011 wird gewählt. Das funktioniert dann wie bei Flowtex: man kreiert eine Art Schneeballsystem mit immer neu erfundenen, finanzierten, verkauften und zurückgemieteten Bohrmaschinen. Nur sind das in der Landespolitik keine Bohrmaschinen, sondern Vorhaben wie die Werkrealschule. Die hieß zuerst Hauptschule, dann Hauptschule mit Werkrealschule und jetzt heißt sie Hauptschule oder Werkrealschule. Oder wie beim Streit um den Orientierungsplan für Kindergärten. Obwohl bei uns ein Schlüssel von 1,5 Erzieherinnen für 28 Kinder besteht, rechnet uns Bertelsmann vor, ein Buchclub, der Bildungskonzern werden will, das mache einen Betreuungsschlüssel von 1:8,9.

Zwar vermuteten auch bei Flowtex manche, dass es sich um Luftbuchungen handeln könnte, aber wer erinnert sich heute noch an das von FDP-Chef Morlock

gesponnene System von Beziehungen, Parteispenden und Beraterverträgen mit Journalisten? So etwas habe nichts zu tun mit Korruption, das heiÙe „politische Landschaftspflege“, weihte Manfred Schmider seine Knastbrüder ein. Wobei wir wieder in Baden-Württemberg und beim Kies wären.

Die Notbremse bei flowtex haben übrigens spanische Drogenfahnder gezogen. „Am Einsatz dieser Methoden hege ich keinerlei Zweifel“, bekannte Kommissar Braig, „vielleicht haben sie in diesem Fall aber nicht funktioniert und deshalb war man gezwungen, die Notbremse zu ziehen.“

„Die Notbremse? Ich weiß nicht, ob Leute in diesen Positionen das wirklich nötig haben. Die Lobby, die die Interessen der Mächtigen bedient, benötigt keine Killer, sage ich Ihnen, die haben viel effektivere Methoden, ihre Ziele zu realisieren. Nehmen wir –nur mal als Beispiel- den Bildungsbereich...“

Wer also heute die Wahrheit erfahren will, muss nicht Regierungsprospekte lesen, sondern Krimis.

Der Vetter aus dem Bottwartal

**Übrigens: Klaus Wanninger liest aus seinem Krimi SCHWABEN-EHRE
am Freitag, 05.03.2010, 20.00 Uhr
in Ludwigsburg, Demokratisches Zentrum, Wilhelmstr. 45**